

Mitgliederzeitung der Interessengemeinschaft **Betrugsofferhilfe**

* KRITISCH * UNABHÄNGIG * ÜBERPARTEILICH *

Klartext



Kommentar

Von U. Schneider

Die Zeit ist reif für eine Institution, die sich für Opfer von Betrugsdelikten einsetzt. Der volkswirtschaftliche Schaden geht in die Milliarden EURO. Das menschliche Leid ist unermeßlich, endet oftmals im Suizid. Trotzdem genießen Täter oft mehr Rechte als deren Opfer.

Weite Teile der Bevölkerung haben ohnehin längst das Vertrauen in Politik und Justiz verloren.

Hinzu kommt die allgemeine Rechtsunsicherheit in allen Bereichen. Verantwortlich an dieser Entwicklung sind

- **Politiker**, die ihre persönliche oder parteiliche Ideologie über das Wohl des Volkes stellen.

- **Rechtsanwälte**, die durch windige und teilweise eigene kriminelle Handlungen Gerichte und Staatsanwaltschaften täuschen, Opfer verhöhnen und erneut schädigen.

- **Staatsanwälte / Richter**, die ohne Rückgrat oder aus Karrieregeilheit nicht richtig oder sogar bewußt falsch „ermitteln“, denen Weisungen von Vorgesetzten und Politikern (siehe u. a. TV-Beitrag „Maulkorb für den Staatsanwalt“) wichtiger sind als ihr Berufsethos.

- **Bürger**, die „Betrüger für clever – Betrogene für dumm“ halten.

- **Betrugsoffer**, die Unrecht hinnehmen wie ein unabänderbares Schicksal, die sich nicht wehren und vor Scham nicht an die Öffentlichkeit gehen.

Wir möchten Betrugsopfern Mut machen, die Ihnen gesetzmäßig zustehenden Rechte einzufordern. Wir möchten Rechtsanwälte, Staatsanwälte und Richter dazu ermutigen, sie hierbei mehr zu unterstützen als die Täter.

Offener Brief an unsere Mitglieder

FOLTER DURCH POLITIK ?

Von W. Korte

Liebe Kolleginnen und Kollegen unseres Gremiums, liebe Mitglieder unserer Interessengemeinschaft.

Vielen von Ihnen ist die skandalöse Vorgehensweise der Justiz mit unserem Mitglied aus W. bekannt. Zuerst hat die zuständige Staatsanwaltschaft die zweifelsfrei aus berechtigten Gründen erstattete Strafanzeige abgewimmelt, später auch noch das Verfahren wegen Unterschlagung mit dubiosen Argumenten eingestellt. Mitglieder aus dem Gremium unserer Interessengemeinschaft haben eine Petition beim Landtag eingereicht. In der Betrugsaffäre wollte oder konnte man nichts unternehmen. Unserer Petition in Sachen Unterschlagung wurde dann doch stattgegeben.

Was sich daraus bis zum heutigen Tage ergeben hat, lesen Sie bitte nachfolgend.

Vorab noch eins: Wir nennen zum jetzigen Zeitpunkt bewußt keine Namen, damit uns Staatsanwaltschaft oder Gerichte keinen „Eingriff in laufende Ermittlungen“ vorwerfen können. Außerdem sollen die Betroffenen eine faire Chance haben, ihre Fehler zu korrigieren. Wir erwarten in allen Verfahrensgängen, daß die Ermittlung, ggf. Strafverfolgung und Verurteilung, nach Recht und Gesetz, nicht aber nach „Ansehen der Person“ erfolgt. Sollte dies weiterhin unterbleiben, dann werden wir Namen nennen. Verlassen Sie sich darauf: Dagegen ist der Fall Kremendahl (OB von Wuppertal) ein „Fliegenschiß“.

Einige von Ihnen kennen unseren Schriftsatz vom 2.6.2004 an den Petitionsausschuß. Nun taten sich seltsame Dinge. Am Mittwoch, den 4.8.04, hat die von uns wegen der unterlassenen oder nicht ernsthaft betriebenen Ermittlungen kritisierte Staatsanwältin bei unserem Mitglied angerufen und ihm unterbreitet, es möge doch sofort die gegen sie gerichtete Beschwerde zurücknehmen, damit sie nun die Ermittlungen neu aufnehmen könne.

Unser Mitglied informierte uns von diesem Ansinnen, weil wir dieses Schreiben im Auftrag der Interessengemeinschaft verfaßt haben und nicht unserer Mitglied. Folgerichtig kann dieses gar nichts zurücknehmen, sondern nur die Interessengemeinschaft bzw. das mit dem Fall befaßte Gremium gemeinschaftlich. Unser Mitglied vereinbarte einen Termin für den nächsten Tag, also Donnerstag den 5.8.04, um 15 Uhr. Trotzdem bat die Staatsanwältin nochmals unser an dem Schreiben nicht beteiligtes Mitglied, es solle doch schon vorher die Petition zurückziehen. Hat die Staatsanwältin nicht erkannt, wer der eigentliche Ansprechpartner, also der Petitor, ist? Und warum ruft sie unser Mitglied diesbezüglich an, obwohl die Staatsanwaltschaft doch nur schriftlich reagiert? Warum nun urplötzlich diese Eile ?

Wir haben, wie vorher angekündigt, mit zwei Mitgliedern des Gremiums unser Mitglied zur Staatsanwaltschaft begleitet. Kaum dort angekommen, überrumpelte uns die Staatsanwältin im Beisein eines Kollegen mit der Argumentation, wir hätten uns strafbar gemacht, indem wir sie in ungerechtfertigter Weise wegen Strafvereitelung beschuldigt hätten.

Daher werde sie die Akten nach „oben“ geben und uns wegen Beleidigung belangen lassen, wenn wir nicht noch heute unsere Beschwerde zurückziehen und drohte mit sofortigem Gesprächsabbruch, wenn wir uns nicht ihrer Meinung anpassen würden. Ein mißlungener Einschüchterungsversuch, zumal man mit Fragen niemanden beleidigen kann!

Was glaubt man so vertuschen zu können?

Wir empfanden das als Überrumpelung, Nötigung und Erpressung.

Fortsetzung Seite 2

Fortsetzung

Unser Mitglied bat die Staatsanwältin, nicht so mimosenhaft zu reagieren. Grund dafür hätte vielmehr unser Mitglied, wenn man bedenkt, wie seit Jahren seitens der Justiz mit ihm umgegangen wird. Daraufhin beruhigten sich die Gemüter und es begann ein einigermaßen sachlich ablaufendes Gespräch. Immer wieder kam jedoch zum Ausdruck, unsererseits unverzüglich die Beschwerde zurückzunehmen, damit sie nunmehr sofort die Ermittlungen wieder aufnehmen kann, was jedoch verzögert würde, wenn wir die Rücknahme der Petition nicht bis spätestens Montag, den 9.8.04 morgens vor Dienstbeginn per Fax an den Landtag und an sie schicken würden. Sonst müßte die Akte nach „oben“ gegeben werden und es würden Verzögerungen entstehen.

Stellt sich da nicht die Frage: Warum eigentlich?

Auf die Frage, warum die Ermittlung neu aufgenommen werde, kam die Antwort „es hätten sich neue Erkenntnisse dahingehend ergeben, daß lt. Auskunft des Gerichtsvollziehers doch Gegenstände vom Beschuldigten einbehalten wurden“.

Warum ist die Staatsanwältin nicht vorher den sachdienlichen Hinweisen nachgegangen? Dann wäre ihr diese „Erkenntnis“ ein Jahr früher gekommen!

Sie, die Staatsanwältin, sprach dann ein weiteres Mal davon, sie fühle sich beleidigt, was eine Straftat sei.

Am nächsten Tag rief die Staatsanwältin erneut bei unserem Mitglied an mit der Bitte, am Montag Bescheid zu geben.

Diese nunmehr an den Tag gelegte Eile erregte unser Mißtrauen! Offensichtlich liegt der begründete Verdacht nahe, daß hier einiges vertuscht werden soll.

Es stellt sich die Frage: „Wenn es um Ermittlungen geht, bei denen durch rechts – und sittenwidriges Handeln anderer die Existenz einer ganzen Familie vorsätzlich gefährdet und ihr großer wirtschaftlicher und psychischer Schaden zugefügt wird, **sind Ermittlungen nur unter massivem Druck von außen möglich?**“

Wenn die Damen und Herren Staatsanwälte sich beleidigt fühlen, sind sie jedoch schnell bereit und willens zu „ermitteln“ und mit der Strafrechtskeule zu drohen und wohl auch schnell zu handeln.

Das eröffnet uns die Möglichkeit, dem Normalbürger zu beweisen, daß viele Justiz – u. Verwaltungsangehörige immer nur dann besondere(n) Ehrgeiz, Kreativität und Schnelligkeit entwickeln, wenn ihre ureigenen Interessen berührt werden.

In solchen Angelegenheiten scheint die Justiz weder unterbesetzt noch überlastet zu sein, obwohl sie das ständig verbreiten läßt, um ihre Versäumnisse zu entschuldigen und echte Verbrecher unverfolgt zu lassen!?

Geht die Staatsanwaltschaft allerdings strafrechtlich gegen uns vor, räumt sie uns unbeabsichtigt eventuell die Möglichkeit ein, das umzusetzen und an die Öffentlichkeit bringen zu können, was vielleicht die Initialzündung auslösen könnte, die dann Klarheit und die Wende bringt.

Fassen wir einmal zusammen:

Warum ermittelt die Staatsanwaltschaft im Betrugsverfahren offensichtlich so einseitig, daß dem Beschuldigten trotz eindeutiger Beweislage nichts nachgewiesen wird? **Warum** geht die Staatsanwaltschaft im Unterschlagungsverfahren nicht schon früher den eindeutigen Hinweisen nach? **Warum** stellt sie dann beide Verfahren mit dubiosen Begründungen ein? **Hat** die Staatsanwaltschaft das Verfahren wegen Unterschlagung nach unserer Petition erneut aufnehmen **müssen**, weil die Beweise für eine begangene und von ihr selbst „nicht erkennbare“ Straftat so erdrückend sind, daß sie keine andere Möglichkeit mehr sah?

Überrascht es nicht, wenn ein Richter es zuläßt, daß der Beschuldigte einen bereits titulierten Geldbetrag ein zweites Mal einklagt? **Stinkt** es nicht zum Himmel, wenn ein anderer Richter 3 Monate einen Haftbefehl zu Unrecht (wurde vom LG aufgehoben) gegen den Betrogenen aufrecht erhält und als Begründung die falschen Tatsachenbehauptungen der Gegenseite übernimmt? **Da** bietet der gegnerische Anwalt unserem Mitglied im ersten „Vergleichsvorschlag“ an, sein Mandant würde auf einen Teil des eingeklagten Betrages verzichten, wenn umgehend die Strafanzeige gegen ihn zurückgezogen wird. Im zweiten „Vergleich“ stellt er diese Forderung nicht mehr. Dafür behauptet er wahrheitswidrig, die Zahlungen seien nicht pünktlich erfolgt, der Vergleich somit nicht zustande gekommen und veranlaßt nun eine Grundschuldeintragung über 5.000 € in das Grundbuch der Immobilie unseres Mitglieds.

Dies alles machen Staatsanwälte und Richter mit!

Bedenkt man weiterhin, daß es sich bei diesem gegnerischen „Anwalt des Rechts“ um einen bekannten Kommunalpolitiker handelt, der auch noch für das Amt des Oberbürgermeisters kandidiert hat, bekommt das Ganze dann nicht eine andere Gewichtung? Wir erinnern an dieser Stelle an die ARD-Sendung „Maulkorb für den Staatsanwalt“. Hier wurde in aller Offenheit das Einwirken der Politik auf Staatsanwaltschaften aufgezeigt. Wir wollen damit nicht behaupten, daß es sich in diesem Fall ebenso verhält. Wenn es aber denn so wäre, wäre das nicht

FOLTER DURCH POLITIK?

Gründe für die seltsamen Vorgehensweisen der Justiz muß es aber geben.

Übrigens lautete der Beschluß des Gremiums:

Die Petition bleibt bestehen! Wir werden jedenfalls aufmerksam beobachten und darüber berichten, wie Staatsanwaltschaft und Gerichte künftig weiter verfahren.

- Sind Sie selbst durch betrügerische Machenschaften finanziell, gesundheitlich oder familiär erheblich geschädigt worden?
- Welche Erfahrungen haben Sie mit Rechtsanwälten, Staatsanwälten und Richtern oder anderen Hilfsorganisationen gemacht?

Falls wir Ihre Zuschrift veröffentlichen können, senden Sie uns diese bitte mit dem Zusatz „LESERBRIEF“ zu. (Leserbrieve veröffentlichen wir auf Wunsch auch anonym, wenn uns der Absender bekannt ist)

Impressum

Interessengemeinschaft Betrugsopferhilfe
Postfach 13 18 47 42045 Wuppertal
Tel. : 0173 80 92 517 Fax : 01212 5 331 08 459
www.betrugsopferhilfe.de
info@betrugsopferhilfe.de

Klartext

erscheint monatlich unter
www.betrugsopferhilfe.de
Ausdruck und
Vervielfältigung
ausdrücklich erwünscht.

Schlußwort für Träumer :

**Je weniger die Leute wissen,
wie Würste und Gesetze gemacht werden,
desto besser schlafen Sie.**

(Otto Fürst von Bismarck)